



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

40. hét

2018.10.01.

ZUSAMMENFASSUNG

- Das Defizit des Staatshaushaltes war eine der wichtigsten makroökonomischen Zahlen der vergangenen Woche: Das Defizit ist im ersten Quartal in Hinsicht auf den Geldfluss wegen der Vorleistungen des Staates für vorfinanzierte EU-Projekte deutlich angestiegen, wohingegen die periodengerechte Rechnungslegung ein weitaus besseres Bild zeigt. Dabei dient das andauernde Zurückhalten der Ressourcen auch als Mittel zur Druckausübung von Seiten der Europäischen Kommission.
- Die Übergriffe gegen die ungarische Minderheit in Transkarpatien sowie gegen ukrainisch-ungarische Bürger mit doppelter Staatsbürgerschaft kann auch als Begleiterscheinung der ukrainischen Präsidentschaftswahlen interpretiert werden. Dabei sind beide Seiten an einer Stabilisierung der ungarisch-ukrainischen bilateralen Beziehungen interessiert: Ungarn wegen des Schutzes der Minderheiten, die Ukraine wegen ihrer angestrebten Ziele einer euroatlantischen Integration.
- In Hinsicht auf die Mitgliedschaft des Fidesz in der Europäischen Volkspartei (EVP) ist bis Mai 2019 mit keiner wirklichen politischen Entscheidung zu rechnen. Unter den tonangebenden Politikern der EVP zeigt sich keine Übereinstimmung in der Angelegenheit, nachdem die Abstimmung im Europaparlament im Anschluss an die Debatte des Sargentini-Berichts die Bruchlinien innerhalb der Parteienfamilie offen zutage brachte.
- Im Oktober dürfte das ungarische Parlament einen Beschluss fassen, in dem der Sargentini-Bericht verurteilt wird. Die Opposition im Parlament könnte sich bei dieser Abstimmung gespalten zeigen; im Falle einzelner Oppositionsparteien gilt es als weniger wahrscheinlich, dass sie sich an die Fraktionsdisziplin halten werden.

WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

DAS GESTIEGENE HAUSHALTSDEFIZIT DÜRFTE VORÜBERGEHEND SEIN

Nach den Angaben für den Monat August belief sich das Defizit des Staatshaushaltes nach der Geldflussrechnung am Monatsende auf 1.646 Milliarden Forint. Im Zentralhaushalt entstand ein Defizit von 1.708 Milliarden Forint, während bei den staatlichen Sonderfonds ein Überschuss von 21,8 Milliarden Forint und bei den Sozialversicherungskassen ein Plus von 40 Milliarden Forint registriert wurden.

In Verbindung mit der Lage des Staatshaushaltes ist hinlänglich bekannt, dass sich das Defizit nach der Geldflussrechnung wegen der EU-Projekte sowie der Technik zur Vorfinanzierung der mit diesen einhergehenden Auszahlungen im ersten Quartal 2018 auf 1,1 Prozent am BIP belief. Die großzügige Vorfinanzierung wurde bereits im Haushaltsentwurf für 2018 als strategische Zielstellung definiert, nachdem die Regierung das Gros der im siebenjährigen EU-Finanzrahmen fließenden Gelder bis 2018/19 abrufen wollte.

Die Vorfinanzierung verzerrt die Daten des Staatshaushaltes aus dem Gesichtspunkt der Geldflussrechnung, stimuliert jedoch das Wirtschaftswachstum und bessert die makroökonomischen Indikatoren. Im aktuellen Finanzrahmen der EU hat Ungarn 21 Prozent der zur Verfügung stehenden Mittel abgerufen, wobei jedoch die Hauptabteilung zur Beaufsichtigung der öffentlichen Auftragsvergaben bei der Europäischen Kommission den Auszahlungen einen Riegel vorschieben könnte. Auf dem Wege eingefrorener Auszahlungen kann die Europäische Kommission der ungarischen Regierung politische und wirtschaftliche Unannehmlichkeiten bereiten. Das Kontrollgremium fand nämlich bei untersuchten Verfahren der öffentlichen Auftragsvergabe Unregelmäßigkeiten, in deren Folge ein Teil der EU-Fördermittel möglicherweise nicht ausgezahlt wird. In der Angelegenheit ist im Ergebnis langwieriger Verhandlungen mit einem Kompromiss zu rechnen, nachdem die zuständigen Stellen im Ministerpräsidentenamt schon früher diese Streitfälle mit der Europäischen Kommission diskutierten.

WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DIE UKRAINE KÖNNTE DEN UNGARISCHEN KONSUL VON BEREKSZÁSZ AUSWEISEN

Die ungarische Regierung bereitet sich auf angemessene diplomatische Schritte vor, sollte die Ukraine einen Beschluss zur Ausweisung des Konsuls fassen. Außenminister Péter Szijjártó traf am Rande der UNO-Vollversammlung mit seinem ukrainischen Amtskollegen Pawlo Klimkin zusammen, um den Konflikt beizulegen.

In der jüngsten Vergangenheit hat die Stimmungsmache gegen die Ungarn in der Ukraine wieder an Intensität zugenommen, was sich hauptsächlich mit den herannahenden Wahlen von Staatspräsident und Parlament in der Ukraine erklären lässt. Die Präsidentschaftswahl findet im kommenden März statt, wobei infolge der instabilen innenpolitischen Lage in der Ukraine radikale Themen unter Bedienung des neuen Sprachengesetzes den politischen Wahlkampf thematisieren.

Wurde früher der Versuch unternommen, die Rechte der ungarischen und der anderen nationalen Minderheiten zur Unterrichtsfreiheit in Transkarpatien auf gesetzlichem Wege zu beschneiden, kommt es neuerdings zu böswilligen Aktivitäten gegen Ungarn, die über die doppelte Staatsbürgerschaft verfügen. Der Leiter des ungarischen Außenministeriums ist der Meinung, dass es in der vergangenen Woche zu einer unvergleichlichen Eskalation kam, als unter Missachtung sämtlicher existierenden Regeln des internationalen Rechts und der Diplomatie in einem ukrainischen Konsulat Ungarns, also in der Vertretung eines NATO-Mitgliedstaates, eine Geheimdienstaktion durchgeführt wurde. Die Praxis der doppelten Staatsbürgerschaft gilt in Europa als bewährte Lösung, diese Institution in Frage zu stellen, dürfte die Lage der ungarischen Minderheit in Transkarpatien ernsthaft belasten. Deshalb wird Ungarn in der Zukunft mit verhältnismäßigen Gegenmaßnahmen und einer gebremsten internationalen Integration der Ukraine reagieren, sollte für diese Lage keine Lösung gefunden werden. Bei der Lösung des Konflikts hat die Vermittlerrolle der Vereinigten Staaten von Amerika eine Aufwertung erfahren, nachdem die Spitze des ungarischen Außenministeriums unter anderen auch dieses Thema mit US-Außenminister Mike Pompeo behandelte.

ES GIBT KEINE ÜBEREINSTIMMUNG IN DER BEURTEILUNG DER MITGLIEDSCHAFT DES FIDESZ IN DER EUROPÄISCHEN VOLKSPARTEI

Während bei der Abstimmung des Sargentini-Berichts vor zwei Wochen selbst eine Mehrheit der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) für den Beschlussentwurf stimmte, ein Verfahren nach Artikel 7 einzuleiten, haben sich seither mehrere führende europäische Politiker für den Fortbestand der Mitgliedschaft des Fidesz in der EVP ausgesprochen.

Zuletzt äußerte sich der EVP-Vorsitzende Joseph Daul in einer für den Fidesz positiven Weise hinsichtlich der Beurteilung der im Anschluss an die Abstimmung im Europaparlament entstandenen politischen Lage. Daul stellte nach dem Gipfeltreffen von Salzburg die Notwendigkeit des Ausschlusses des Fidesz aus der Parteienfamilie in Frage, wobei jener Manfred Weber, der die Spitzenkandidatur um das Amt des Kommissionspräsidenten anstrebt, im Europawahlkampf voraussichtlich vor der breiten Öffentlichkeit einen entgegengesetzten Standpunkt beziehen wird.

Neben Joseph Daul verband auch Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz die Abstimmung hinsichtlich einer Überprüfung der Lage der Rechtsstaatlichkeit nicht mit der Frage, die Mitgliedschaft in der Parteienfamilie aufzuheben. Nach seiner Ansicht hat das Verfahren keine Auswirkungen auf diese Dimension der politischen Zusammenarbeit. Bis zu den Europawahlen im kommenden Jahr wird es sehr wahrscheinlich keine wirkliche Entscheidung in dieser Angelegenheit geben, während einzelne politische Akteure die Möglichkeit einer Aussetzung – oder im radikalen Fall Aufhebung – der Mitgliedschaft des Fidesz im Wahlkampf systematisch als offene Frage handhaben werden.

WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

INNERHALB VON ZWEI WOCHEN KÖNNTE DAS PARLAMENT ÜBER DEN SARGENTINI-BERICHT ABSTIMMEN

Der Justizausschuss des ungarischen Parlaments billigte am vergangenen Dienstag, dass jene Vorlage über „den Schutz der Souveränität Ungarns und die Zurückweisung der Beschuldigungen des Landes“, die von den Fidesz-Abgeordneten Gergely Gulyás und Máté Kocsis eingereicht worden war, zur Parlamentsdebatte freigegeben wird.

Die Vorlage verfolgt zwei politisch relevante Zielstellungen: zum einen die Schaffung eines Gegengewichts auf nationalstaatlicher Ebene zum Beschluss des Europaparlaments, zum anderen, diese Angelegenheit dank der Unterstützung von Seiten der Fraktionen der Regierungsparteien, die

im Parlament über eine Zweidrittelmehrheit verfügen, auf der politischen Tagesordnung zu halten. Obendrein eignet sich dieser politische Beschluss dazu, die Oppositionsparteien zu spalten beziehungsweise in eine politisch heikle Lage zu befördern. Einzig die gegenwärtig unabhängige Abgeordnete Dóra Dúró, die früher in der Jobbik-Fraktion saß, deutete auf Seiten der Oppositionsbänke an, den Beschlussentwurf unterstützen zu wollen.

Im Zusammenhang mit dem Sargentini-Bericht bedankte sich der ungarische Ministerpräsident in einem Schreiben bei jenen 197 Abgeordneten des Europaparlaments für ihre Stimme, die vor zwei Wochen Nein zu dem Bericht gesagt hatten. Diese politische Geste beförderte die Konzeption des ungarischen Regierungschefs, neue Bündnisse zu schaffen, indem er sich bei den betreffenden Abgeordneten im Parlament nicht einfach nur bedankte, sondern sie einer Erwiderung dieser Geste versicherte.

DIE FRONTEX-VORLAGE DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION IST IN UNGARN AUF DIE TAGESORDNUNG GELANGT

Die vom informellen EU-Gipfel in Salzburg durchsickernden Informationen veranlassten auch die Akteure des ungarischen politischen Lebens zu Stellungnahmen. In der Frage des Grenzschutzes war die ungarische politische Elite früher gespalten, weil die Oppositionsparteien lange Zeit keinen einheitlichen Standpunkt in Verbindung mit dieser Frage auszugestalten vermochten, der im gegebenen Fall mit der Meinung der Regierungsparteien Übereinstimmung gezeigt hätte.

Die Aufstockung der Frontex-Ressourcen sowie die Ausgestaltung einer zentralen Führung dieser Agentur waren jene zwei Punkte im neuesten Vorschlag der Europäischen Kommission, welche nicht nur die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, sondern auch die Akteure der Innenpolitik spalteten. Jene an supranationale Lösungen glaubenden politischen Kräfte, die Wahlkampf für ein Beschneiden der nationalstaatlichen Befugnisse machen, begrüßten diese Vorschläge grundsätzlich, während sich der Standpunkt einer Mehrheit bei jenen politischen Kräftegruppen fand, die den Grenzschutz in nationalstaatlicher Befugnis belassen und zwischenstaatliche Vereinbarungen treffen wollen.

In Ungarn gehört die Verwirklichung der physischen ebenso wie der juristischen Grenzschießung als ein Bestandteil zum politischen Credo der Regierungsparteien, wobei Meinungsumfragen zur Beurteilung des Grenzzauns zeigen, dass die ungarischen Bürger seit 1990 kaum eine Maßnahme

gleichermaßen geschlossen billigten und unterstützten, wie den 2015 errichteten Grenzzaun. Die Oppositionsparteien hingegen konnten auch nach drei Jahren keinen deutlich artikulierbaren Standpunkt ausgestalten, der sich politisch vertreten ließe. Unter anderem ist es diesem Umstand zu verdanken, dass sie ständig in den Sympathiewerten der Bevölkerung absacken.

DIE DEMOKRATISCHE KOALITION IST DERZEIT DIE AKTIVSTE PARTEI IM OPPOSITIONSLAGER

Die politischen Aktionen der einst als Plattform innerhalb der MSZP gebildeten und von Ferenc Gyurcsány geführten Partei bestimmten das öffentliche Erscheinungsbild der Oppositionsparteien in den vergangenen Wochen. Zwar konnte die von Seiten der Demokratischen Koalition (DK) verkündete Demonstrationsserie keine größeren Massen bewegen, doch eignete sich diese für die linksliberale Partei als Aufhänger, um sich noch schärfer von der Regierungspolitik zu distanzieren.

Selbst besonders optimistischen Schätzungen zufolge beteiligten sich tagtäglich bestenfalls ca. 200-300 Personen an jenen Aktionen, welche die DK auf dem Kossuth tér vor dem Parlament abhielt. Das Medienecho dieser Aktionen erreichte jedoch breitere Kreise, weshalb Gyurcsány und seine Anhänger zum Auftakt des Europawahlkampfes gegenüber den sonstigen Oppositionsparteien eine günstigere Position einnehmen konnten. Die uneingeschränkte Zustimmung zur Annahme des Sargentini-Berichts kann im Kreis jener Wähler, die der ungarischen Regierung nicht wohl gesonnen sind, ein populärer Standpunkt werden, zumal diese Art des politischen Widerstands bereits seit langem ein Markenzeichen der DK ist.

Die Strategie dieser Partei dürfte auf lange Sicht darin bestehen, zur größten Kraft innerhalb des linken Lagers zu avancieren und auf diese Weise Stimmen von der MSZP zu rauben. Die erste Kraftprobe werden die Wahlen zum Europaparlament im kommenden Jahr bringen, bei denen ein Alleingang der Partei aufgrund des Verhältniswahlrechts politische Vorteile und mehr Mandate einbringen kann, was freilich von der Höhe der Wahlbeteiligung abhängen wird. Die DK-Wähler sind traditionell leicht zu mobilisierende Sympathisanten, weshalb die jüngste Serie von Demonstrationen hauptsächlich als ein erster Versuch seit den Parlamentswahlen dazu dienen sollte, diese Anhänger bei der Stange zu halten.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

VERÄNDERUNGEN IM PORTFOLIO DES MINISTERIUMS FÜR INNOVATIONEN UND TECHNOLOGIEN

Wie zuvor bereits im Falle der Nationalen Verwaltungsuniversität entschied die Regierung nunmehr auch bei der Budapester Corvinus-Universität (BCE), die Trägerrechte an ein Ministerium zu delegieren. Im Sinne dieser Entscheidung übt ab Oktober 2018 Minister László Palkovics die Trägerrechte bei der BCE aus, damit ein neues Bewirtschaftungsmodell dieser Hochschuleinrichtung ausgestaltet und vorbereitet werden kann. Neben László Palkovics wird es Aufgabe von Finanzminister Mihály Varga und der für die Verwaltung des Staatsvermögens zuständigen Ministerin ohne Geschäftsbereich, Andrea Bártfai-Mager, sein, die Rolle des ungarischen Staates innerhalb der Universitätssphäre zu definieren. Als Träger der Corvinus-Universität wird ab dem 1. Juli des kommenden Jahres eine durch den Ungarischen Staat gegründete Stiftung tätig werden, wobei die bildungspolitische Zielstellung dieser Umstrukturierung lautet, die BCE in absehbarer Zeit unter Bereitstellung der erforderlichen Ressourcen unter die 200 besten Hochschuleinrichtungen der Welt zu führen.

Parallel hierzu gelangte auch das Entwicklungsprojekt für das neue Zentrum der Automobilindustrie in Debrecen (Stichwort: BMW) zum Ministerium für Innovationen und Technologien (ITM): László Palkovics wird als Regierungsbeauftragter für die wirtschaftliche, bildungs- und kulturpolitische Umsetzung sowie Nachhaltigkeit dieser Großinvestition verantwortlich sein. Die Ernennung des Ministers zum Regierungsbeauftragten war notwendig, weil die Umsetzung dieser Entwicklungsmaßnahme auf lange Sicht spürbare gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzungen in der Region nach sich ziehen kann.

PROGNOSE

- **Das Gesetzgebungsprogramm der ungarischen Regierung sieht für den Monat Oktober die Vorlage von 26 Gesetzentwürfen vor.** Das Ministerium für Humanressourcen geht mit vier

Gesetzentwürfen, die Ressorts für Verteidigung, Justiz und Innovationen mit jeweils drei Gesetzentwürfen in die Gesetzgebung des nächsten Monats. Die drei wichtigsten Gesetzentwürfe dürften von der Änderung einzelner Gesetze im Gesundheitswesen und in der Krankenversicherung, zur Regulierung des Bildungswesens sowie zum Rechtsstatus der Kirchen und Religionsgemeinschaften handeln.